

PRESSEinformation

Gewerbeflächenentwicklung in Hannover bedroht wichtige Freiflächen

Ein im Auftrag der Stadt Hannover erstelltes Gutachten zur Ermittlung neuer Gewerbeflächen sieht bis 2030 eine Flächennachfrage von insgesamt 141 Hektar vor. Darunter fallen auch mehrere für den Naturschutz wertvolle Freiflächen. Der BUND Region Hannover ist besorgt über das Ausmaß der geplanten Flächeninanspruchnahme und fordert ein Umdenken. Die Schwarze Heide etwa sollte nicht bebaut werden.

Hannover, 14.02.2020. – Um den zukünftigen Bedarf an Gewerbeflächen abzuschätzen, wurden von einem Gutachterbüro potentielle Flächen für die Gewerbeansiedlung in der Landeshauptstadt Hannover ermittelt. Demnach wird jährlich eine Fläche von rund elf Hektar benötigt. Insgesamt haben die Gutachter bis 2030 eine Flächennachfrage von 141 Hektar berechnet. Um den Flächenbedarf zu decken wurden außerdem 14 gewerbliche Potenzialflächen identifiziert und hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit überprüft.

Auf der Grundlage des Gutachtens wurde der Antrag „Leitlinien zur Gewerbeflächenentwicklung 2030“ als Handlungsrahmen für die Verwaltung im Rat der Landeshauptstadt Hannover eingebracht (DS 3166/2019 N1). Darin werden sieben Projekte für die zukünftige Entwicklung von Gewerbeflächen priorisiert: Chatham Barracks (ca. 4,5 ha), Alte Peiner Heerstraße (ca. 11 ha), Medical Park West (ca. 5,4 ha), Deurag Nerag (ca. 78 ha), Kronsberg Nord (ca. 68 ha), Schwarze Heide (ca. 14 ha) und Vahrenheide (ca. 6 ha).

Der BUND Region Hannover sieht die Auswahl kritisch. Bei einem Teil der ausgewählten Standorte wie die Schwarze Heide und das Deurag Nerag-Gelände handelt es sich um naturschutzfachlich wertvolle Flächen. Diese würden durch die Bebauung unwiederbringlich verloren gehen. Dies gilt insbesondere auch für die Schwarze Heide: faunistische und landschaftsökologische Untersuchungen belegen, dass hier eine Bebauung ohne nachhaltigen Schaden für die Umwelt nicht möglich ist.

„Eine Flächeninanspruchnahme in diesem Ausmaß ist nicht hinnehmbar“ so der Vorsitzende des BUND Region Hannover Gerd Wach. „Es kann nicht sein, dass innerhalb von zehn Jahren über 140 Hektar in Anspruch genommen werden.“ Tatsächlich stellt sich die Frage, wie sich diese Entwicklung fortsetzen soll? Wird innerhalb eines Jahrzehnts so viel Fläche verbraucht, gerät die Stadt schnell an ihre Grenzen, einhergehend mit dem Verlust der Biodiversität, der Aufheizung der Stadt aufgrund der Klimaänderungen und dem Verlust der Lebensqualität. Um derartigen Fehlentwicklungen gegenzusteuern, sieht daher auch die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und die niedersächsische Nachhaltigkeitsstrategie eine deutliche Reduzierung des Flächenverbrauchs vor. Bis 2030 soll der Flächenverbrauch in Niedersachsen von derzeit neun Hektar auf vier Hektar pro Tag reduziert werden.

„Daher gilt es, zunächst einmal vorhandene nicht ausgelastete Gewerbegebiete in Anspruch zu nehmen und alternative Konzepte zu entwickeln“ fordert Gerd Wach. Um die Gewerbeflächenentwicklung zu steuern, müssen Gewerbeflächen in städtischer Hand bleiben bzw. durch vertragliche Vereinbarungen sichergestellt werden, dass vorhandene Gewerbeflächen auch bebaut und nicht als Spekulationsobjekte unbebaut leer stehen. Aktuell hat die Stadt auf derartige Flächen nur schwer Zugriff, sodass großflächige Teilbereiche von Gewerbegebieten ungenutzt sind. Daher muss sichergestellt werden, dass nach dem Kauf einer Gewerbefläche der Eigentümer verpflichtet ist, innerhalb einer Zeitspanne von maximal fünf Jahren die Fläche einer entsprechenden Nutzung zuzuführen. Außerdem fordert der BUND, dass stadteigene Flächen nur noch in Erbpacht vergeben werden, wie neuerdings auch in Hamburg. Weiterhin ist zu prüfen, ob die meist einstöckigen Gewerbehallen durch mehrstöckige Bauten flächenschonender genutzt werden können. Denkbar sind auch Kooperationsvereinbarungen mit umliegenden Städten und Gemeinden. Stehen freie Gewerbeflächen im Umland zur Verfügung, sollten diese auch genutzt werden.

Rückfragen:

René Hertwig (Naturschutzreferent BUND Region Hannover)
Tel.: Büro 0511/660093, mobil 0151/42554788

Sabine Littkemann (Geschäftsführerin Bund Region Hannover)
Tel.: Büro 0511/660093, mobil 0160/6831389